

U-Bote*

*offizielles organ des unabhängigen asta der uni freiburg

#816

27/01/11

Es grünt so grün ...





Editorial

Das neue Jahr ist inzwischen schon wieder ganz schön alt. Da dieser u-bote der letzte in diesem Semester sein wird, haben wir noch einmal alle unsere Kräfte mobilisiert und einen Doppelschwerpunkt aus den beiden Themen Umwelt und Hochschulpolitik auf die Beine gestellt. Die magische 20-Seiten-Grenze haben wir dann aber doch nicht geknackt; schade eigentlich. Dafür haben wir aber geschoben und geschmiert, bis alles gepasst hat. Deshalb ist dieses Heft auch randvoll mit Artikeln. Ein schönes

Semesterende aus meiner Sicht. Ich hoffe, dass das nächste Semester ähnlich schön beginnt – nämlich mit einem großen Denktzettel gegen die derzeitige Landesregierung. Denn ich habe genug von aufgedunsenen Ministerpräsidenten und gewissen selbstsicheren Landtagsabgeordneten, die wie fette Maden im Speck pöbelnd in ihren Plenarsaalsesseln sitzen. Der Besuch in Stuttgart, von dem Michael schreibt, war auch für mich mehr als ernüchternd. Deshalb – neue Kräfte braucht das Land!

Viele Grüße und viel Spaß beim Lesen,

euer Henning

Inhalt #816

Thema: Umwelt

Staudamm im Kopf	S. 4
Umweltschutz an der Uni Freiburg	S. 5
Olympia 2012	S. 6
Ökostrom	S. 8
Vermeidbare Umweltsünden	S. 9
Ecosia	S. 11

HoPo

Aufruf zur Bildungstrekdemo	S. 3
Onlinepetitionen	S. 9
Verfasste Studierendenschaft	S. 10
Hochschulpolitik in der Ukraine	S. 13
Landtagswahl 2011	S. 14

Kultur

Schneeschuhwanderung	S. 13
-----------------------------	--------------

we are u

Vorstandsbericht	S. 12
Service und Termine	S. 15
stud.live	S. 16

Warum geschlechtsneutral?

Der u-asta tritt ausdrücklich für die konsequente Verwendung geschlechtsneutraler Formulierungen ein (z.B. das „große I“). Wir sehen dies als unverzichtbares, wenn auch nicht hinreichendes Mittel, um die tatsächliche Gleichberechtigung von Frauen und Männern in der Gesellschaft zu erreichen. AutorInnen, die von einer entsprechenden Schreibweise abweichen, sind dafür ausschließlich selbst verantwortlich.

PR-Brücken-Krücken

Preisfrage: Welche Organisation wirbt mit dem Slogan „Über 17 Brücken musst Du gehen...“? Tja, schwer ist das doch wirklich nicht, oder? Na? Richtig! Die Antwort lautet: das Deutsche Atomforum. Ist ja auch nahe liegend, wenn die schwarz-gelbe Koalition gerade die Laufzeiten der deutschen AKW mit dem Verweis auf die „Brückenfunktion“ der Atomenergie verlängerte.

Allerdings fragt man sich als Kind der 90er, das dieses Lied der DDR-Band „Karat“ im Schulunterricht trällern durfte, ob die PR-Experten der Atomlobby eigentlich wussten, wie der Text nach dieser überaus bekannten Zeile weitergeht. Wenn nicht: üble Allgemeinbildungs-Lücke. Wenn doch: übelster Sarkasmus. Denn merke: „... 7 dunkle Jahre überstehen, 7 Mal wirst du die Asche sein, aber einmal auch der helle Schein“ – nun ja, da denkt man doch weniger an Deutschlands „17 verlässliche und belastbare Kernkraftwerke“, sondern eher an Tschernobyl und Hiroshima. O Deutsches Atomforum, was wolltest du uns damit bloß sagen...?

Dorothee Lürbke

Egal ob an den Schulen, den Universitäten oder in der Ausbildung: Auslese und Verwertungslogik haben System. Zu wenige Master- und Ausbildungsplätze, Studiengebühren, G8, unbezahlte Praktika und eine diskriminierende Aufteilung in verschiedene Schulformen, das alles sind nur einige

Den Widerstand des Bildungsstreiks nach Stuttgart führen

Diverse bundesweite Bildungsstreikwochen seit 2007 machten mit Hunderttausenden auf den Straßen und Besetzungen deutlich, dass wir einen Wandel in Bildung und Gesellschaft benötigen.

politik der letzten Jahrzehnte auf den Weg bringen könnten. Gleichzeitig steht fest, dass wir uns nicht blind auf einen Regierungswechsel zu den Landtagswahlen verlassen. Auch wenn ein Ende der schwarz-gelben Bildungspolitik ein wichtiger Schritt hin zu freier Bildung wäre, wird sich jede Partei und auch die

BaWü brennt auf freie Bildung!

Aufruf zur landesweiten Bildungsstreik-Demonstration am 29.01.2011 in Stuttgart

Ausdrucksformen hiervon. Bildung dient nur noch dazu, aus dem Menschen wirtschaftlichen Profit herauszuschlagen. Für freie Entfaltung ist dort kein Platz. Wir sollen uns fügen, statt Selbstgestaltung und Demokratie in der Bildung zu leben. Die Konkurrenz um Zukunftschancen wird immer weiter verschärft und äußert sich in einem extremen Noten- und Leistungsstress. Statt den Menschen zu befähigen, entfremdet dieses Bildungssystem den Menschen von seinem selbstbestimmten und zugleich solidarischen Wesen.

Jenen Zuständen in unserem Bildungssystem setzen wir unsere Forderung nach Freier Bildung entgegen (den ausführlichen Forderungskatalog findet ihr unter der URL unten) Freie Bildung kennt keine Ausgrenzung wie Gebühren oder die Mehrgliedrigkeit im Schulsystem. Freie Bildung schafft ein Lernen, in dem sich jede/r selbst verwirklichen kann. Freie Bildung basiert auf demokratischen Bildungseinrichtungen, in denen alle gleichberechtigt mitbestimmen. Freie Bildung ist losgelöst von Einflüssen der Wirtschaft und öffentlich ausfinanziert.

Überall auf dem Globus zeigt sich Widerstand gegen Ökonomisierung, beschränkte Mitbestimmung und fehlende Freiräume in der Bildung.

Auch in Baden-Württemberg werden wir Anfang 2011 wieder für Freie Bildung auf die Straße gehen. Erneut werden Schüler/innen, Auszubildende, Studierende und viele weitere Gruppen, die sich mit unserem Protest solidarisieren, gemeinsam im Bildungsstreik aktiv sein. Im Rahmen einer landesweiten Bildungsstreik-Demo werden wir am 29.01. ein Protestfeuer, das zuvor bei vielen verschiedenen Aktionen in ganz BaWü war, nach Stuttgart bringen. Damit möchten wir deutlich machen, dass überall im Land viele Menschen und insbesondere Jugendliche darauf brennen, dass freie Bildung endlich Wirklichkeit wird.

Nicht nur am 27.03. einen Wandel erwirken

In Stuttgart werden wir unsere Proteste zusammenführen. Denn dort werden nach dem 27.03. jene Politiker/innen zusammenkommen, die eine Abkehr von der unverantwortlichen Bildungs-

Gesellschaft im Gesamten weiterhin mit unserer Bildungskritik und Vision auseinandersetzen müssen. Jede zukünftige Landesregierung wird beweisen müssen, dass sie tatsächlich einen Wandel hin zu freier und demokratischer Bildung einleitet. Der Bildungsstreik wird nicht locker lassen, dies einzufordern. Unser Protestfeuer brennt nicht nur diesen Winter, sondern wird auch noch in der kommenden Zeit auflodern.

Wir rufen alle, die dem „Bildungswinter“ in BaWü ein Ende setzen wollen, auf, sich am Bildungsstreik zu beteiligen. Lasst uns gemeinsam das Feuer des Protests aus ganz BaWü am 29.01. nach Stuttgart bringen.

**Freie Bildung für ALLE!
Landesweite Bildungsstreik-Demo
29.01. 16 Uhr Lautenschlagerstr./
Hbf. Stuttgart**

Bildungsstreik Baden-Württemberg

Mehr zu den Zielen des Bildungsstreiks unter:
http://www.bildungsstreik-bawue.de/?page_id=117



Staudamm im Kopf

Brasiliens riskantes Wasserkraftprojekt am Rio Xingu

In Brasilien wird eines der größten Energiegewinnungsprojekte der letzten Jahre in Angriff genommen. Am Rio Xingu, einem der südlichen Zuflüsse des Amazonas, soll ein Staudammsystem zur Stromerzeugung errichtet werden, das drittstärkste weltweit. Wenn es nach der brasilianischen Regierung geht, sollen diese Staudämme Brasiliens Weg in die erste Reihe der Wirtschaftsnationen der Welt ebnen und angeblich sogar noch dabei helfen, den CO₂-Ausstoß des Landes zu reduzieren. Kritische Stimmen sehen das „Wunder am Rio Xingu“ jedoch deutlich weniger positiv: Artensterben, Regenwaldzerstörung und katastrophale Verhältnisse für die Menschen vor Ort werden prognostiziert.

Der Rio Xingu ist mit ca. 1980 km ein- einhalbmal so lang wie der Rhein. Seine Wasser sind zu großen Teilen nicht schiffbar, da der Flusslauf aus teils felsigen Terrassen und Stromschnellen besteht und der Fluss bis zu fünf Monate Niedrigwasser führt – in der Trockenzeit nämlich. Diese Umstände machten den Fluss bisher zumindest zu Teilen uninteressant für ambitionierte Großprojekte und beließen ihn noch in recht natürlichem Zustand. Die naturräumlichen Begebenheiten haben zudem eine große Artenvielfalt hervorgebracht: Allein die Anzahl der Fischarten wird zurückhaltend auf ca. 600 geschätzt, viele davon sind endemisch und kommen nur dort vor.

Doch Brasilien ist hungrig. Nach Land, Energie und Ressourcen. Über 190 Millionen Menschen leben in dem Amazonasstaat und die Bevölkerung wächst schnell. Lange bestand die Wirtschaft hauptsächlich aus Agrarproduktion. Doch



Putzig, aber bald ausgestorben?

die Durchindustrialisierung des Landes ist eines der Hauptziele des bisherigen Präsidenten Lula da Silva gewesen und wird auch unter seiner Nachfolgerin Dilma Rousseff wohl weiter forciert werden. Um im In- und Ausland deutlich zu machen, wie gut das Wachstum des Landes voranschreitet, wurde die Planung des Belo Monte-Wasserkraftprojektes am Rio Xingu ins Leben gerufen. Drei Talsperren sollen zwei Stauseen von über 516 Quadratkilometern erschaffen, mithilfe derer Strom in einer Menge bis zu elf Gigawatt erzeugt werden sollen, knapp ein Zehntel des brasilianischen Bedarfs. Damit soll das Land unabhängiger vom Öllexport werden und den steigenden Energiebedarf der Industrie und der Bevölkerung decken und Arbeitsplätze zu schaffen. Außerdem erhofft man sich internationales Prestige. Denn in vier Jahren, wenn Brasilien die Fußballweltmeisterschaft austrägt und Gastgeber für Fußballfans und Großinvestoren ist, soll das Projekt fertig und in Betrieb sein, um zu weiteren Großinvestitionen im eigenen Land einzuladen. Natürlich sind das alles keine schlechten oder verurteilenswerten Argumente. Jedoch fürchten Umweltaktivistinnen und Wissenschaftler auf der ganzen Welt die Folgen.

Was bedeutet ein Aufstauen des Rio Xingu für Mensch, Natur und Umgebung? Zuerst einmal: Es würden Stauseen von der Länge der Nord-Süd-Ausdehnung von Frankreich entstehen. Tropischer Regenwald, und mit ihm viele Tier- und Pflanzenarten, die Siedlungsräume teils indigener Bevölkerung würden überflutet. Gleichzeitig fallen jedoch auch Teile des jetzigen Flussbettes komplett trocken. Schneisen, die für den Bau der Staudämme in den Regenwald geschlagen werden, führen außer den 40.000 für den Bau benötigten Arbeitskräften auch Nutzholzunternehmen, Erzverhüttung und Plantagenwirtschaft in wirtschaftlich noch unerschlossene Gebiete. Das klingt ökonomisch vielleicht positiv, jedoch gehört die Philosophie des „sich allen Boden urbar und zu Nutzen machen“ dann doch eher in das 18. Jahrhundert und nicht in eine Zeit, in der nachhaltige



Lage des Rio Xingu in Brasilien

Wirtschaftsformen beginnen Fuß zu fassen. Denn faktisch bedeutet jede Art der Erschließung der Waldgebiete des Rio Xingu auch deren Ende. Und nach ein paar Jahren hoher Erträge ist der Boden ausgelaugt, das Wasser vergiftet und in großen, innerhalb von Jahren oder sogar Monaten aus dem Boden geschossenen Städten stapeln sich Mensch und Tier unter erbärmlichen Verhältnissen. Weder die wirtschaftliche Situation der Menschen, noch die Brasiliens, wird sich dauerhaft durch dieses Projekt verbessern. Und ist der Wald erst einmal weg, wächst so schnell kein neuer mehr nach. Wie stark sich das Mikroklima der Region und damit auch des gesamten Amazonasbeckens verändern wird, kann man nicht abschätzen. Wenn man bedenkt, wie katastrophal sich die Wasserentnahme aus Syr-Darja und Amur-Darja, den beiden Zuflüssen des Aralsees, entwickelt hat, möchte man es vielleicht auch gar nicht wissen. Durch Abholzung, Brandrodung und in den Seen freiwerdendes CO₂ wird, entgegen den Erwartungen der brasilianischen



Der Fluss aus der Vogelperspektive

nischen Regierung, wahrscheinlich eher zu einer Zunahme des CO₂-Ausstoßes führen, als zu einer Abnahme. Ähnliche Szenarien haben an anderen Zuflüssen des Amazonas schon stattgefunden.

Und schon private Investoren, die sich das Projekt angeschaut hatten, hatten eine Teilhabe daran abgelehnt, weil es ihnen unsicher erschien, ob das Projekt jemals wirtschaftlich arbeiten könne. Durch die vier bis fünf monatige Trockenzeit führt der Rio Xingu für eine lange Zeitspanne im Jahr kaum genügend Wasser, um überhaupt sinnvoll für die Stromerzeugung eingesetzt werden zu können.

Dabei gäbe es Alternativen: So hat der WWF in einer Studie dargelegt, dass allein mit einer Erhöhung der effizienten Energienutzung mit billigeren Investitionen mehr Energie in Brasilien eingespart werden könnte, als der Staudamm

produzieren wird. Außerdem gebe es statt des Staudammes, der einen gewaltigen Eingriff in das Ökosystems darstellt, auch schonendere Verfahren zur Energiegewinnung durch Wasserkraft, wie der Installation von Wasserrädern im natürlichen Flusslauf.

Vor kurzem ist der Vorsitzende der brasilianischen Umweltbehörde zurückgetreten, weil er die Durchführung des Projektes für gefährlich und irrsinnig hält. Sein Vorgänger hatte ebenfalls den gleichen Schritt gewählt, ebenso wie eine frühere Umweltministerin. Schon seit Jahren protestieren auch Tausende Menschen in Brasilien gegen die Durchführung des Projektes, nicht zuletzt natürlich viele der Anrainer. Zwischen 12-20.000 Menschen müssten umgesiedelt werden, darunter auch viele indigene Völker. Zwar werden den Anrainern des Flusses Entschädigungen in Höhe von 500 Millionen Euro in Aussicht gestellt,

die Praxis bei ähnlichen schon durchgeführten Projekten lässt jedoch daran zweifeln, ob sie diese Entschädigungen auch wirklich erhalten würden. Der Vorsitzende eines Rates von Indianern aus Altamira, einer Stadt die direkt in der Nähe des Staudammes liegen würde, hat sogar schon damit gedroht, dass einige Stämme bewaffneten Widerstand leisten werden.

So wie es derzeit aussieht, möchte die brasilianische Regierung das Projekt auf jeden Fall durchdrücken, auch gegen den Widerstand lokaler Bevölkerungen und kritischer Experten. Das wäre dann das Ende für den Fluss und seine Bewohner. Man kann nur hoffen, dass nicht vielleicht noch ein Wunder geschieht, in letzter Sekunde quasi. Denn im Februar könnte der Bau schon beginnen.

Henning Lautenschläger

Umweltschutz an der Universität Freiburg

Das Umweltreferat stellt sich vor

Grünes Freiburg – Grüne Uni? Dieser Frage geht das Umwelt-Referat des u-AstAs nach und versucht mit kreativen Ideen einen Beitrag zum Umweltschutz an der Uni zu leisten.

Auch an einer Institution wie der Universität beginnt Umweltschutz im Kleinen. Welches Papier steckt in den Kopierern? Welchen Strom beziehen Uni und Wohnheime? Woher kommen die Zutaten für das Mensa-Essen? Wie kann an der Uni Energie gespart werden?

Zusammen mit dem Arbeitskreis Nachhaltige Universität Freiburg und dem Studentenwerk arbeitet das Umwelt-Referat an verschiedenen Projekten.

Im Dezember letzten Jahres wurde zum Beispiel der lang ersehnte Thermobecher in den Cafeterien des Studentenwerks eingeführt. So kann man seinen Kaffee nun auch länger als nur fünf Minuten im Pappbecher genießen und damit gleichzeitig einen Beitrag zur Reduzierung

des Mülls leisten. (Falls es doch einmal der Pappbecher sein sollte, gehört der übrigens in den Restmüll.)

Auch in Bezug auf das Mensa-Essen ist einiges in Bewegung, so strebt das Studentenwerk jetzt eine MSC - und Bio-Zertifizierung an (Marine Stewardship Council, für umweltbewussten und nachhaltigen Fischfang). Trotzdem bleibt natürlich noch viel zu tun, so bezieht die Uni noch keinen Ökostrom und auch die Studierenden könnten im alltäglichen Verhalten einen Beitrag zum Umweltschutz leisten. Wie wäre es beispielsweise mit doppelseitigem Kopieren oder richtiger Mülltrennung?

Als Umwelt-Referat setzen wir uns aber auch inhaltlich mit den verschiedensten Umwelt-Themen auseinander, die sich nicht nur auf das Uni-Leben beschränken. Unsere Filmreihe im letzten Semester mit dem aka-Filmclub über „Wege in eine nachhaltige Welt“ sollte einen Anstoß zum Nachdenken über alternative

Konzepte bieten und Lust machen, selbst die Initiative zu ergreifen.

Als größte Statusgruppe dieser Universität liegt es an uns Studierenden unsere Umwelt hier selbst zu gestalten und in unserem Sinne zu verändern.

Das Umwelt-Referat bietet ein Forum für alle, die sich gern einmal etwas mehr mit dem Thema Umwelt auseinandersetzen möchten und/oder sich aktiv mit eigenen Ideen in das Uni-Leben einbringen wollen.

Wir freuen uns immer über neue Gesichter – schreibt uns einfach an umwelt@u-asta.de oder besucht unsere Homepage.

Tania Strützel

<http://www.u-asta.uni-freiburg.de/engagement/referate/umwelt>

<http://www.nachhaltige.uni-freiburg.de/>

Olympia 2018 - Wenn die Win

Von freundlichen Spielen in München... und der Hoffnung a

In 160 Tagen hat das Warten, das Zetern, das Hoffen ein Ende. Doch für wen? Momentan spalten sich viele Lager auf, wenn es um die Vergabe der XXIII. Olympischen Winterspiele am 6. Juli in Durban geht. Zuerst einmal sind da München und PyeongChang/Korea, die Französische Kandidatur von Annecy scheint schon jetzt chancenlos. Dann geht es weiter mit der geteilten Meinung der gesamtdeutschen Bevölkerung, hinweg über die Unstimmigkeiten zum Thema zwischen und in den verschiedenen Parteien. Schließlich landen wir bei Naturschutz- und Umweltorganisationen, die sich nicht einig sind, bis hin zur Teilung der Gemeinde Garmisch-Partenkirchen, wo zehn von 21 Disziplinen ausgetragen werden sollen. Doch so viele verschiedene Lager es auch geben mag, alles dreht sich um die eine Frage: Sind die Spiele grün genug?

Wahrscheinlich wird genau das im Juli ausschlaggebend sein. Die Bewerbung mit dem umweltfreundlicheren Profil erhält den Zuschlag. Gut stehen die Chancen dabei für PyeongChang, das mit den kompaktesten Spielen aller Zeiten wirbt, zwischen den Austragungsstätten liegen maximale Fahrzeiten von 30 Minuten. Im Vergleich dazu betragen die Fahrzeiten zwischen München und Königsee, annähernd das Vierfache. Korea punktet

hier schon mit weniger Co2-Ausstößen alleine auf den Wegen zu den Sportstätten.

Ein weiterer Punkt, der Korea einen Vorsprung im Kampf um die grüneren Spiele verschafft, ist das Vorhandensein aller Anlagen. Es stimmt, mehr als die Hälfte der Anlagen steht schon und auch die zukünftige Nutzung der noch fehlenden Anlagen steht außer Frage. Bei einem genaueren Blick in die Vergangenheit zeigt sich, dass Anlagen wie das Biathlonzentrum, im Hinblick auf die bereits gescheiterten Bewerbungen errichtet wurden. Im Biathlonzentrum fanden 2009 die Weltmeisterschaften statt, jedoch waren diese nur ein weiterer Schritt zu Erfüllung des olympischen Traums. Eine Weltmeisterschaft, mit der man zeigen wollte, dass man sehr wohl in der Lage ist, ein Großereignis auf die Beine zu stellen.

Der letzte, scheinbare koreanische Vorsprung: Schneesicherheit auf 750m. Was für deutsche Wintersportort-Verhältnisse traumhaft klingt, ist in Korea winterlicher Alltag. 2009 jedoch, bei der WM, machte der Föhn den Verantwortlichen einen Strich durch die Rechnung. Die aus Kunstschnee bestehenden weißen Loipen in einer grünen Landschaft schmolzen bei 14°C und Regen. Als der Regen schließlich stoppte und es nachts abkühlte, war die Kunstschneeproduktion die Rettung. Insofern lässt sich sagen, dass

das Thema Klimaerwärmung nicht nur bei einer Bewerbung von München eine Rolle spielt.

Um die Stimmung in Deutschland zu beleuchten, hilft ein Blick auf die Sportstätten weiter. In München selbst wird das Olympiastadion für die Eröffnungs- und Schlusszeremonien genutzt. Weitere Hallen werden modernisiert und bereits vorhandene verwendet, teils temporär umgestaltet. In Schönau am Königsee wird die Anlage für Bob-, Rodel- und Skeletonwettbewerbe bereits seit Jahrzehnten genutzt. Ob temporäre Lösungen wie das münchener Medienzentrum aus rückbaubaren Elementbauten zu grüneren Spielen beitragen, sei hier außen vor gelassen, denn die Geister scheiden sich erst dann richtig, wenn es um den Snow-Park Garmisch-Partenkirchen geht. Hier sind das Olympiastadion mit den Ski-sprungschancen und die alpine Weltcup-stecke am Gudiberg bereits vorhanden, sie werden seit Olympia 1936 regelmäßig genutzt. Weitere alpine Wettbewerbe finden an der Kandahar-Piste statt, die Teil der Alpinen Ski-WM 2011 ist.

Am Gudiberg werden jedoch auch die Disziplinen Ski-Cross, Snowboard und Freestyle ausgetragen, wofür man Arbeiten am Erdreich, also Eingriffe in die empfindliche Natur der Bergwelt, vornehmen müsste. Zwar heißt es in

der Planung, man könne die Hornabfahrt dafür verwenden, jedoch sollte klar sein, dass ohne Aufschüttungen und Grabungen aus einer Slalomabfahrt keine Buckelpiste wird. Außerdem liegen in diesem Bereich auch Grundstücke der 57 Eigentümer, die Klage gegen die Bewerbung eingelegt haben. Ganz zu schweigen von Bauten wie dem Medienzentrum



Winterspiele grün sein sollen

Auf neue Horizonte in PyeonChang

und weiteren Unterkünften für Athleten und Verantwortliche, die laut Bewerbungsgesellschaft Biotop tangieren können. Als Ausgleich dafür sind 18 Umweltleitprojekte angesetzt, bei denen auch der Deutsche Alpen Verein (DAV) mitwirkt. Gleiche Maßnahme ergreift man auch in Korea, die gerodeten Flächen werden an anderer Stelle wieder aufgeforstet und sollen als sogenannter Olympiawald eine Art Naherholungsgebiet darstellen.

Doch der allergrößte Streitpunkt zwischen den Gegnern und der Bewerbungsgesellschaft ist das Nordische Zentrum, das nach Protesten der Anwohner Oberammergau auf das staatliche Gestüt Schwaiganger verlegt wurde. Die Anlagen für die Biathlon- und Langlauf Wettbewerbe sollen dort temporär errichtet werden. Sinnfrei, sagen die Gegner vom Bündnis Nolympia, wenn doch in Oberstdorf und Ruhpolding komplett neue Anlagen zur Verfügung stehen, die vor allem auch höher liegen als Schwaiganger mit seinen 660 m. Dass es dabei zu erheblich längeren Fahrzeiten und somit größeren Mengen CO₂-Ausstößen kommt, sehen die Gegner als ein weiteres Indiz dafür, dass München 2018 ein völlig unzumutbares Projekt für Umwelt und Bevölkerung darstellt.

So stiegen im Dezember auch der Deutsche Naturschutzring (DNR) der Bund Naturschutz (BN) aus dem Konzept der freundlichen Spiele aus. Die Begründung lautete, dass die Projekte bereits vorhanden wären oder nichts mit Olympia zu tun hätten, so ein Sprecher des BN zu BR-online. Der DAV ist jedoch anderer Meinung. Hier ist man der Ansicht, dass man die Umwelt besser schützen kann, wenn man aktiv mitarbeite. So hat man schon im vergangenen Jahr Protest eingelegt, als geschützte Flächen im Bereich Mittenwald für die Nordischen Wettbewerbe beansprucht werden sollten. Das Verfahren war erfolgreich und gemeinsam fand geeignete Alternativen. Dass Projekte angesetzt werden, die nicht direkt mit Olympia zu tun haben, stellt nicht zwangsläufig einen Nachteil da. Das

Projekt des DAV, Bergtour 2018, fördert den gesamten Bayrischen Alpenraum in dem es versucht Tourismus und Ökologie in einen Einklang zu bringen.

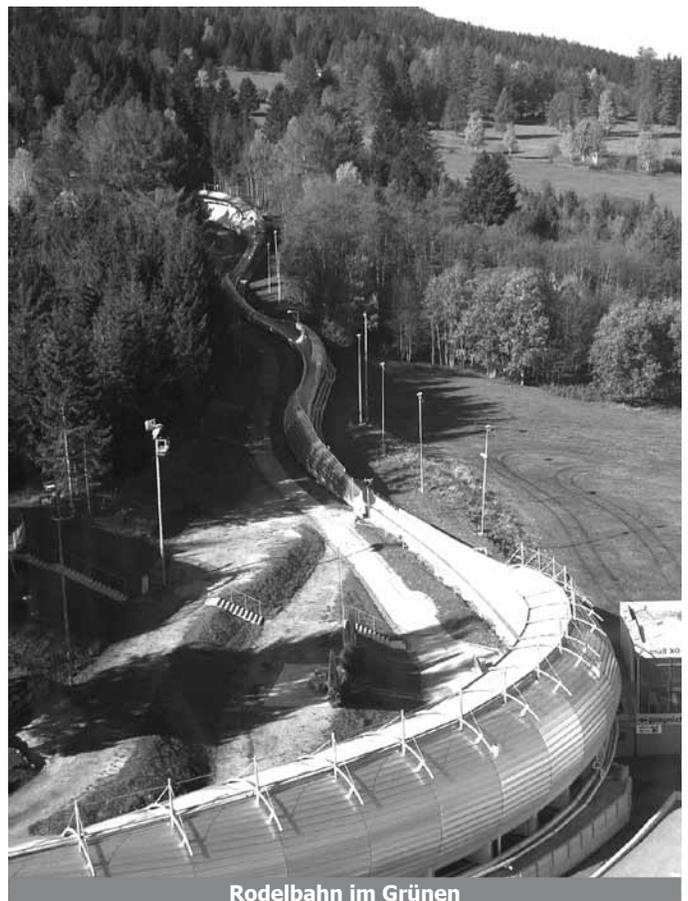
Die Ansicht des DAV teilten auch die Grünen Vorsitzende Claudia Roth, die bis Ende November im Kuratorium der Bewerbungsgesellschaft saß, und der Bundestagsabgeordnete Winfried Hermann. Beide befanden, dass man mit einem aktiven Mitwirken mehr ausrichten könne, als mit Protest. Auf dem Bundestagparteitag jedoch stimmten 289 Delegierte gegen München 2018, 244 dafür, 70 enthielten sich. Und nicht nur hier teilt sich die Partei, die Grünen im Bayrischen Landtag sind dagegen, die Stadtfraktion in München ist weiterhin dafür.

Es gibt ausreichend Gründe, die gegen München 2018 sprechen, jedoch sprechen sie auch gegen Olympische Spiele in Korea und Annecy. Sie sprechen gegen Wintersport allgemein. Es ist bekannt, dass selbst für Wettbewerbe in Skandinavien, nördlich des Polarkreises künstlich beschneit wird, obwohl dort genügend natürliches Weiß vorhanden ist. Kunstschnee ist im Regelfall wesentlich länger haltbar und Sportanlagen damit besser präparierbar. Des Weiteren muss dann darüber nachgedacht werden, ob man nicht auch sportliche Ereignisse wie Fußball im Winter aussetzt. Mittlerweile sind allein in Europa 30 Stadien mit Tribünenheizungen ausge-

stattet und die Vereine der Deutschen Bundesliga sind dazu verpflichtet ihre Stadien durch eine Rasenheizung im Winter schneefrei zu halten.

Dass man die Bundesliga daher von Dezember bis Mitte März aussetzt ist unwahrscheinlich, zu viele Verträge und Geld sind damit verbunden. So sieht es auch mit den Olympischen Winterspielen aus. Solange es noch natürlichen Schnee gibt und die Temperaturen die Produktion von Kunstschnee zulassen, wird es Veranstaltungen im Wintersport geben. Warum also nicht aktiv daran mitarbeiten und versuchen mit den für Umweltprojekte vorgesehenen 140 Mio. € das Beste, in diesem Fall die grünsten weißen Spiele daraus zu machen, die es je gegeben hat?

Rebekka Bohrer



Rodelbahn im Grünen

Ökologisch wohnen

Ökostrom in Freiburger Studentenwohnheimen

Die Freiburger Studierendenwohnheime sind ökologisch vorbildlich aufgestellt. Es mangelt aber noch am Umweltbewusstsein der BewohnerInnen.

„Es gibt wahrscheinlich wenige Institutionen, die in den letzten Jahren so viele Emissionseinsparungen erreicht haben wie das Studentenwerk Freiburg“, sagt Jochen Gerlach vom Studentenwerk. Der Ingenieur und Architekt hat in den letzten Jahren zahlreiche Umweltschutzmaßnahmen in Studierendenwohnheimen veranlasst und begleitet. Solaranlagen wurden installiert, Gebäude gedämmt, der Stromanbieter gewechselt. Besonders hohe Emissionseinsparungen seien durch die Umstellungen auf die CO₂-neutrale Biomasseheizung zu verzeichnen. Insgesamt, schätzt Gerlach, könnte die CO₂-Reduktion seit 2008 bei über 50 Prozent liegen.

Ökostrom in allen Wohnheimen

Einen wichtigen Schritt stellt auch die Umstellung der Stromversorgung auf 100 Prozent erneuerbare Energien dar. Seit Anfang 2010 bezieht das Studentenwerk (mit Ausnahme der Mensen) Ökostrom der von vielen Umweltverbänden empfohlenen Elektrizitätswerke Schönau (EWS). Die Initiative ging von BewohnerInnen des Wohnheims in der Händelstraße aus. Mehrere Wohnheimräte und BewohnerInnen sprachen sich daraufhin für einen Stromwechsel aus und erklärten sich sogar bereit geringe Mehrkosten in Kauf zu nehmen. Die tatsächlichen Mehrkosten durch den Wechsel seien jedoch geringfügig und hätten sich nicht direkt in einer Mieterhöhung geäußert, sagt Gerlach.

Neue Ausschreibung für 2012

Fraglich ist jedoch, ob der Vertrag mit den EWS verlängert werden kann. Für 2012 muss die Stromversorgung neu ausgeschrieben werden. Dabei ist das Vergaberecht zu berücksichtigen, weil das Studentenwerk nach neuer rechtlicher Einschätzung als öffentliche Einrichtung gilt. Bei der Ausschreibung besteht zwar die Möglichkeit ökologische Kriterien zu berücksichtigen, eine Ab-

grenzung „echter“ Ökostromanbieter von „falschen“ (siehe Infobox) könnte jedoch schwierig werden. So hat bei einer Stromausschreibung an der Technischen Universität Berlin der Atom- und Kohlekonzern Vattenfall den Zuschlag bekommen – trotz angeblich ökologischer Vergabekriterien. Diese hätten jedoch zu viel Spielraum gelassen, sagt Susanne Ott vom „Netzwerk klimagerechte Hochschule“. Das Netzwerk stellt auf seiner Homepage einen „Baukasten“ für Stromwechsellösungen zur Verfügung und verweist dabei auf eine Anleitung des Umweltbundesamtes für die Ausschreibung von „echtem“ Ökostrom.

Hoher Verbrauch

Ein Problem stellt der hohe Heiz- und Stromverbrauch in Studierendenwohnheimen dar. Wegen unterschiedlicher Rahmenbedingungen ist es zwar schwierig die Verbrauchszahlen mit Durchschnittswerten zu vergleichen, aber es wird immer wieder verschwenderisches Verhalten beobachtet. „Es gibt Studierende, die machen beim Einzug ihren Computer an und schalten ihn erst beim Auszug wieder ab“ sagt Clemens Metz, Geschäftsführer der Studentenwerke. Das liegt auch daran, dass die Heiz- und Stromkosten pauschal mit der Miete gezahlt werden. Eine Abrechnung relativ zum Verbrauch gibt es nicht. Das Studentenwerk begründet das mit den fehlenden Zählgeräten und dem erhöhten Verwaltungsaufwand und Konfliktpotenzial. Eine Anfrage beim Studentenwerk Düsseldorf, bei dem der Strom getrennt abgerechnet wird, bestätigt, dass es immer wieder zu Konflikten kommt.

Mangelndes Umweltbewusstsein

Bleibt die Möglichkeit an das Umweltbewusstsein der Studierenden zu appellieren. Dieses scheint jedoch schwach ausgeprägt. Selbst ein vor zwei Jahren bundesweit initiiertes Energiesparwettbewerb, bei dem den WohnheimsbewohnerInnen für Einsparungen hätten belohnt werden können, führte zu keinen nennenswerten Erfolgen. Jochen Gerlach vom Studentenwerk sieht dennoch Potenzial und hofft auf studentische

Initiativen, die er unterstützen würde. Zum Beispiel durch den Verkauf von Steckerleisten, die unnötigen Stromverbrauch von Geräten im Stand-by-Modus verhindern, oder durch mehrsprachige Aufklärung, so Gerlach, könne das Verhalten der BewohnerInnen verändert werden. Das würde letztendlich nicht nur der Umwelt guttun, sondern auch dem Geldbeutel der WohnheimsbewohnerInnen.

David Werdermann

[David Werdermann ist Mitglied im Rat des Studierendendorfs Vauban]

„Richtiger“ und „falscher“ Ökostrom

Richtiger Ökostrom wird zu 100 Prozent aus den erneuerbaren Energiequellen Wind, Wasser, Sonne, Geothermie sowie manchen Arten von Biomasse erzeugt. In letzter Zeit bieten auch die großen Energiekonzerne sowie einige regionale Anbieter und Stadtwerke so genannten Ökostrom an. Dabei handelt es sich teilweise um Mogelpackungen. Ökostromkunden bekommen zwar Ökostrom aus bestehenden Ökostromquellen, im Gegenzug wird der Strommix der normalen KundInnen jedoch in Richtung Kohle/Atom verschoben. Teilweise werden sogar nur sogenannte RECS-Zertifikate z.B. von skandinavischen Betreibern von Wasserkraftanlagen gekauft. Die deutschen Energieversorger dürfen danach ihren Strom als Ökostrom verkaufen. Der skandinavische Strom darf nur noch als normaler Strommix verkauft werden. Richtige Ökostromanbieter (EWS, LichtBlick, naturstrom, Greenpeace energy) verpflichten sich hingegen in neue Ökostromanlagen zu investieren. Zudem wird durch den Bezug richtigen Ökostroms die Machtposition der großen Stromkonzerne geschwächt.

Immer öfter erreichen einen Aufrufe per E-Mail oder einem der anderen elektronischen Wege, diese oder jene Petition zu unterzeichnen und damit die Welt zu retten. Eines der größten Online-Kampagnennetzwerke ist Avaaz.org. Über sich schreiben sie auf ihrer Homepage: „Avaaz gibt Millionen von Menschen aus allen Gesellschaftsschichten eine Stimme, um dadurch auf dringende

Ein Beispiel: Zu Beginn letzten Jahres wurde in Uganda ein Gesetzesentwurf veröffentlicht, der als Strafe für Homosexualität die Todesstrafe vorsah. Avaaz und andere Menschenrechtsgruppen mobilisierten nach eigenen Angaben 450.000 Menschen, ihre Stimme gegen diesen menschenunwürdigen Gesetzesentwurf zu erheben. Bis heute sind die Gespräche über die Vorlage nicht

jeder Bürger auf der Seite des deutschen Bundestags eine sogenannte öffentliche „Epetition“ einreichen. Das berühmteste Beispiel dafür, dass es keinesfalls ein sinnloser Klick von tausenden am Tag ist, so eine Petition einzureichen oder zu unterschreiben, ist die Petition von Franziska Heine vom 22. April 2009. Franziska ist so eine Lisa oder so ein Karl, die sich in ihrer Petition gegen die geplante Regelung zur Sperrung von Internetinhalten aussprach. Diese sollte kinderpornographische Seiten unzugänglich machen und die Verbreitung unmöglich machen. Kritisiert wurde auf keinen Fall das Ziel dieser Regelung, nur die Methode öffne Tür und Tor zur schleichenden Zensur des Internets. Schon nach vier Tagen hatte die Petition die Mindestunterstützerzahl erreicht und nach Ablauf der sechs Wochen hatten 134.015 Bürger unterzeichnet. So konnte die Kritik Frau Heines angehört und die Regelung gekippt werden.

Onlinepetitionen

Wer hört schon auf Karl Schulz?

internationale Themen Einfluss zu nehmen: Den Schutz der Umwelt, die Achtung von Menschenrechten sowie die Verminderung von Armut, Korruption und Krieg.“ Klingt super, aber kann ein Klick wirklich die Welt retten? Und wen interessiert die Meinung von Karl Schulz und Lisa Schmitt? Niemanden möchte man meinen. Bei Onlinepetitionen geht es aber darum, in kurzer Zeit hunderte tausend Unterschriften zu gewinnen, um mit dieser Masse von Stimmen Druck auf Politiker in aller Welt auszuüben.

wieder aufgenommen worden, es bleibt zu hoffen, dass die Idee eingeschlafen ist. Natürlich ist nicht nur die Onlinepetition allein dafür verantwortlich, dass der Gesetzesentwurf in Uganda nicht verabschiedet wurde. Doch war es ein Teil des internationalen Protests.

Nicht nur international, sondern auch auf nationaler Ebene gibt es Möglichkeiten, den Politikern mitzuteilen, wenn man sich über politische Entscheidungen und Prozesse beschweren möchte. Dazu kann

Es lohnt sich also, solche Petitionen wenigstens zu unterschreiben, wenn man sie schon nicht selbst initiiert. Vielleicht ist es ja genau Lisas oder Karls Klick, der am Ende die Welt rettet.

Top Five der vermeidbaren Umweltsünden

1. Standby-Betrieb

Ist es denn wirklich so schwer? Auch wenn immer mehr Geräte mit einem niedrigen Stromverbrauch den Markt bevölkern, steigt dennoch jährlich der Stromverbrauch der Privathaushalte. Schuld ist der so genannte Standby-Betrieb vieler elektronischer Geräte und die offensichtlich kaum zu überwindende Anstrengung einen Schalter zu betätigen. Um die für Standby-Verluste erforderliche Energie aufzubringen, müssen zwei Großkraftwerke rund um die Uhr arbeiten! Also sollte man sich überlegen, zum neuen Jahr vielleicht den Vorsatz mehr Sport zu machen in die Tat umzusetzen und ab und zu den Finger Richtung Ausschaltknopf zu strecken.

2. Regional und ...

Dass man Erdbeeren nicht im Winter kaufen sollte, ist allgemein bekannt, doch scheint es erstaunlich wenige Menschen zu kümmern, woher das Obst und Gemüse kommt, das sie täglich kaufen. Äpfel aus Israel, Italien oder Neuseeland tragen durch unnötige Transportwege und beheizte Glashäuser zu einem erhöhten Energieverbrauch und CO₂-Ausstoß bei. Also beim nächsten Einkauf lieber auf das Herkunftsland achten, denn mit gutem Gewissen schmeckts doch gleich doppelt so gut.

3. ... Saisonal einkaufen

Das Gleiche gilt für Obst und Gemüse, das nicht zu „seiner Zeit“ geerntet wurde. Saisonales Obst ist frischer und hat mehr Vitamine, außerdem kann man davon ausgehen, dass nicht-saisonales Obst einer höheren Chemikalienbelastung ausgesetzt wurde.

4. Fleischkonsum verringern

Traurigerweise mussten erst Giftstoffe dafür sorgen, dass man sich Gedanken darüber macht, was man eigentlich isst. Hauptsache es ist billig. Doch gerade die Massentierhaltung ist nicht nur unangenehm für die Tiere, sondern auch für die Umwelt. Je mehr Kühe, desto mehr Methanausstoß und für den Anbau von Futtermittel werden oft riesige Urwaldflächen abgeholzt. Wer das Fleischessen nicht aufgeben möchte, sollte zumindest darauf achten, dass es aus würdige(re)n Verhältnissen stammt, seine Qualität hat und vielleicht für den höheren Preis auch etwas weniger konsumiert.

5. Ökostrom

Unter Ökostrom zählt man Energie, die ausschließlich aus regenerativen Energiequellen gewonnen wird, in Abgrenzung zu Kernkraft, Kohle und Erdöl. Durch eine vermehrte Nutzung von Ökostrom nimmt der Anteil an produziertem CO₂ je Kilowattstunde ab und je höher die Nachfrage, desto günstiger wird es, denn die Liberalisierung des Strommarktes macht es möglich: Wechseln!

Marieke Reiffs

Wir sind Terroristen. Wenn wir nicht gerade 20 Semester Soziologie studieren und mit unseren langen Haaren die Duschen Freiburgs verstopfen, dann unterstützen wir die RAF, sympathisieren mit den Terroristen und anderen gewaltbereiten Organisationen und planen abends rotweintrinkend den

Der erste Eindruck einer Parlamentsdebatte war für uns ungeübte Beobachter nicht gerade positiv - unsere Volksvertreter legten in ihrem hübsch hellbraun im 70er Jahre-Design getäfelten Plenarsaal ein Verhalten an den Tag, das in jeder handelsüblichen Fachschaftssitzung nicht akzeptiert werden würde. Die Re-

Die Debatte um eine VS beinhaltet aber nicht nur die Frage nach der Überwindung des Maulkorbes von 1977, sie zeigt auch, dass es ganz konkret darum geht, die Weichen für die zukünftige studentische Mitbestimmung zu stellen. An der Uni Freiburg hat sich das u-System etabliert, aber durch die Einführung einer

Illegal bis zur nächsten Landt

Landtagsdebatte über die Wiedereinführung der Verfassten

Umsturz des Staates. So war zu mindestens die Argumentation der baden-württembergischen Landesregierung unter dem sympathischen Marinerichter Filbinger, als sie 1977 auf dem Höhepunkt des Deutschen Herbstes den Asten nicht nur die finanzielle Autonomie nahm, sondern ihnen auch verbot, sich zu politischen Themen zu äußern. Die Studierenden gründeten aus Protest das u-System, um diesen Maulkorb zu unterlaufen. Ziel war, ist und bleibt aber die Auflösung des u-Systemes und die Wiedereinführung einer Verfassten Studierendenschaft.

Bislang hat sich nur die RAF selbst aufgelöst, die vermeintlichen Sympathisanten müssen auch weiterhin warten. Was aber geblieben ist, sind die akuten Probleme, die aus dem Maulkorb entstanden sind. So sind die Asten in BaWü deutlich schlechter gestellt als die verfassten Nordasten. Es ist daher schon lange überfällig, dass Baden-Württemberg und Bayern ihren Studierenden wieder eine Verfasste Studierendenschaft einrichten. So falsch die Argumente für die Abschaffung auch damals schon waren, mittlerweile gibt es keinen guten Grund gegen eine VS mehr.

Dies scheint so langsam auch in der Politik angekommen zu sein und vielleicht hat die „Mundtot“-Kampagne zum 30. Jubiläum des Verbotes etwas bewirkt: Ende Dezember wurde im Stuttgarter Landtag ein Antrag der SPD und der Grünen gelesen, welcher die Wiedereinführung der VS ermöglichen soll. Für uns vom u-asta war dies natürlich ein Pflichttermin und so fuhr ein gut gefülltes Auto von Freiburg zur Beobachtung des politischen Entscheidungsprozesses in die Landeshauptstadt.

den wurden durch ständige Zwischenrufe aus dem Plenum gestört und gerade die FDP-Fraktion im Landtag fiel durch ständige Pöbeleien sehr negativ auf. Dazu kamen ein ständiges Hin- und Hergerenne, Plaudereien mit dem Nachbarn oder sichtbares Desinteresse an der Diskussion z.B. durch Zeitunglesen. Als die Redeleitung schließlich doch unsere Abgeordneten zu etwas mehr Disziplin und Ruhe aufforderte, ertete sie großen Applaus einer ebenfalls auf der Besuchertribüne weilenden Rentnergruppe. Politikwissenschaftler werden jetzt natürlich einwenden, dass Gesetze in den Lesungen ja gar nicht gemacht werden, dass die eigentlichen Entscheidungen in den Kommissionen, Ausschüssen oder Fraktionstreffen gefällt werden und dass die Lesung eigentlich nur zur Unterrichtung der Öffentlichkeit dient, aber trotzdem ist ein derartiges Verhalten nicht gerade vorteilhaft, wenn es im Anschluss darum geht, ob man Studierenden Demokratie, Selbstverwaltung und Mitbestimmung überhaupt zutrauen kann. So blieb doch ein etwas schaler Beigeschmack.

VS werden auch hier die Karten neu gemischt: Der Vorstoß von SPD und Grünen spricht sich dafür aus, die bestehenden u-Strukturen zu erhalten und diese quasi zu legalisieren. Es kann aber auch anders gehen – CDU und FDP präsentierten ein Gegenmodell, welches auf Anregung des RCDS und der Liberalen Hochschulgruppen entwickelt wurde. Dieses würde die bestehenden Strukturen radikal umwälzen und auch die momentan bei uns praktizierte Basisdemokratie verwerfen – nicht verwunderlich, denn RCDS & Co stellen sich ganz bewusst gegen die u-Systeme und wirken bekanntlich nicht in ihnen mit. Stattdessen sollen die Studierenden ein Parlament wählen, welches dann in einem weiteren Schritt ein Exekutivgremium wählen soll. Dieses, aus wenigen Personen zusammengesetzte Organ vertritt dann die Interessen der Studierenden - von täglich praktizierter Basisdemokratie findet sich in diesem Konzept nichts und es besteht eher die Gefahr, dass es zum Karrieresprungbrett aufstrebender Jungpolitiker wird und dass die Politikverdrossenheit unter den Studierenden noch weiter zunimmt.



„Diesen Landtag erträgt man nur mit viel Humor oder im Suff“ – Dieter Salomon

Ein wichtiger Punkt ist aber auch, dass eine Verfasste Studierendenschaft nicht unbedingt auch mehr Mitspracherechte hat. Es ist zu verführerisch zu glauben, dass mit einer VS automatisch alles „gut“ werde und dass Rektorat & Co dann selbstverständlich uns Studierende mitbestimmen lassen. Die Frage, welche

fen, dass diese wenigen Möglichkeiten ausgebaut werden.

Die Karten werden also neu gemischt, die Würfel sind aber noch nicht gefallen: In Baden-Württemberg wird am 27. März gewählt. Was wir in Stuttgart beobachteten, ist natürlich auch ein Teil Wahlkampf. Wenn die Universitäten schon kaputtgespart werden, kann man wenigstens über derartige hochschulpolitische Vorstöße Punkte und vielleicht ein paar Wählerstimmen sammeln. SPD und Grüne hoffen natürlich auf den Wechsel der Regierung und den Wechsel in die Regierungsverantwortung. Dabei hoffen sie auch auf die Stimmen der Studierenden und vor allem auf eine große Wahlbeteiligung unter ihnen – bislang ist es leider so, dass wir Studenten uns in die Semesterferien verabschieden, vergessen die Briefwahlunterlagen anzufordern oder uns nicht für Wahlen in

einem für Nicht-Landeskinder scheinbar uninteressanten Bundesland interessieren. Davon profitieren natürlich vor allem die konservativen Parteien und v.a. die CDU, deren Wählerbasis selbstverständlich zur Wahl geht.

Der Ausgang dieser Landtagswahl ist daher nicht nur für schwäbische Bahnhofsprojekte wichtig, auch die Zukunft der studentischen Mitbestimmung in unserem Bundesland steht mit auf dem Stimmzettel. Vielleicht wird Baden-Württemberg ja ab 2011 endlich wieder ein normales Bundesland wie fast alle anderen und gibt sich endlich einen Ruck und eine vernünftig konzipierte Verfasste Studierendenschaft.

Michael Schmalenstroer

tagswahl?

Studierendenschaft

Mitspracherechte eine VS haben wird, ist auch noch nicht entschieden. Der Worst Case wäre eine VS, die sich zwar zu allen Themen äußern darf, aber keinerlei Einfluss an der Uni hat. Schon jetzt ist es leider so, dass Studierende zu wenig mitbestimmen dürfen und es ist zu hof-

Ecosia – Die Grüne Suchmaschine

Umweltsünden lauern überall. Nicht nur die großen Chemiefabriken verschmutzen die Umwelt, sondern auch jeder einzelne von uns trägt täglich durch unachtsamen Lebensstil dazu bei.

Zwei Stunden täglich verbringt der erwachsene Durchschnittsbürger im Internet. Dass auch surfen extremen CO₂-Ausstoß verursacht, ist vielen dabei nicht bewusst. Um beispielsweise die Server der Suchmaschinen 24 Stunden am Tag laufen zu lassen, wird Unmengen von Strom verbraucht. Manche Forscher schätzen zwischen 5 und 10g CO₂ pro Suche bei Google, dem wohl beliebtesten Retter in allen Lebenslagen weltweit. Keiner möchte ständig nur darauf hingewiesen werden, wie umweltschädlich er doch lebe, man fragt sich also: was kann man tun? Man könnte natürlich versuchen, gänzlich auf das Internet zu verzichten – jeder Versuch wäre wohl zwecklos.

Seit circa einem Jahr aber bietet Christian Kroll eine Alternative: Ecosia.org, die

grüne Suchmaschine. Pro Suchanfrage schützt man 2m² Regenwald und spendet 13 Cent. Wie das? Wie Google, Yahoo oder alle anderen finanziert sich Ecosia durch die Werbung auf der rechten Seite. Der Gewinn, den sie dabei macht, geht aber nicht 100% in die eigene Tasche, sondern zu 80% an den WWF, der damit das Schutzprojekt des Nationalpark Tumucumaque in Brasilien finanziert. So kamen mittlerweile mehr als 123.000 Euro zusammen (Stand Dezember 2010). Außerdem laufen die Server Ecosias ausschließlich über Ökostrom, im Gegensatz zu herkömmlichen Suchmaschinen (mehr zu Ökostrom ebenfalls in diesem Heft). So habe ich allein zum Beispiel bis jetzt 3553m² Regenwald gerettet, laut Anzeige in meinem Browser. Ein gutes Gefühl? Wem solche Zahlen komisch vorkommen, dem soll hier Recht gegeben werden. So pauschal und einfach lässt sich das natürlich nicht sagen. Geld bekommt Ecosia nur, wenn man auf die sogenannten „sponsored links“ auch wirklich klickt. Da ca. 2% aller Suchanfragen dazu führen und pro Klick 6,5 Cent fließen, kommt

man auf einen Mittelwert von 13 Cent pro Suche. Das wiederum führt zu dem Wert von 2 m² geschützter Regenwaldfläche pro Anfrage.

Alles Humbug?

Die Welt wird Ecosia sicherlich nicht retten, doch als langfristiges Ziel hat sie sich vorgenommen, eine schweizgroße Fläche des Regenwalds zu schützen. Und allein schon, um den Datenklau von Google nicht weiter zu unterstützen, lohnt es sich Ecosia zu benutzen. Schaden tut es jedenfalls sicherlich nicht, von daher: Lasst uns nicht mehr „googlen“, sondern „ecosiaen“!

Mehr Infos findet ihr unter:

<http://www.wwf.de/interaktiv/mach-mit/ecosia-suchmaschine-rettet-regenwald/>

<http://www.ecosia.org/how.php>

Rose Simon

Bildungspolitik Konkret

Treffen mit den Bildungspolitischen SprecherInnen

Die Landeszentrale für Politische Bildung hatte für den 17. und 18. Januar aktive StudierendenvertreterInnen nach Stuttgart eingeladen. Dort sollte eine Veranstaltung mit dem Titel „Bildungspolitik Konkret“ stattfinden, in deren Rahmen ein Treffen mit den bildungspolitischen SprecherInnen der im Landtag vertretenen Parteien stattfinden sollte. In Hinblick auf die Landtagswahl wollten wir dies nutzen, um den Akteuren im Landtag einerseits einen Input zu liefern und andererseits auch auf aktuelle Probleme aufmerksam zu machen.

In Stuttgart waren also 26 Studierende aus verschiedenen badenwürttembergischen Hochschulen in froher Erwartung zusammengekommen. Im Gegensatz zu sonstigen landesweiten Treffen der StudierendenvertreterInnen waren nicht nur die immer gleichen Gesichter anwesend, sondern einigen Strukturen war es gelungen, auch neue Interessierte mitzunehmen. Gerade diese Mischung hat die Vorbereitungsphase am 17.1. besonders interessant gemacht. Dabei haben wir uns auf vier Themen geeinigt, auf die wir die PolitikerInnen ansprechen wollten:

1. Verfasste Studierendenschaft und Studentische Mitbestimmung
2. Lehramt (sowohl an Uni als auch an PHs)
3. Hochschulfinanzierung und
4. Studiengebühren.

Das Treffen mit den PolitikerInnen war leider nicht ganz so spannend wie von vielen erwartet, da der Vertreter der CDU kurzfristig abgesagt hatte und auch niemanden als Ersatz geschickt hatte. Im Folgenden versuche ich die in der Diskussion von den PolitikerInnen vertretenen Positionen aufzulisten:

Herr Kleinmann von der FDP hat nicht den Anschein gemacht, als ob er wüsste, was eine Verfasste Studierendenschaft ist. Nachdem wir ihm jedoch einige wenige Nachteile der aktuellen Regelungen aufgezählt hatten, befürwortete er eine Stärkung der Rechte der Studierendenvertretung. Zur Hochschulfinanzierung hat er eine seltsame Position vertreten,

denn dank Hochschulpakt 2012 seien die Hochschulen in Bezug auf die doppelten Abiturjahrgänge bestens ausgestattet. Steuererhöhungen zugunsten von Bildung sind für ihn nicht vorstellbar. Eventuell könnte der Ostsoli vielleicht in einen Bildungssoli umgewandelt werden. Studiengebühren sollten nach der Meinung von Herrn Kleinmann nachgelagert bezahlt werden, die Höhe der Studiengebühren jedoch sollen die Hochschulen individuell festlegen.



Ein leidiges Thema: Studiengebühren

Frau Bauer von den Grünen und Herr Stober von der SPD haben sich zu den meisten Themen gut abgestimmt gezeigt und haben zusammen oft eine gemeinsame Meinung vertreten. Zum Themenkomplex Verfasste Studierendenschaft und Studentische Mitbestimmung konnten Grüne und SPD auf den von ihnen schon vor ein paar Wochen in den Landtag eingebrachten Gesetzentwurf (Landtagsdrucksache 14/6999, siehe auch in diesem Heft, S.10/11) verweisen. Dieser sieht die Wiedereinführung einer VS mit weitreichenden Rechten vor. Zur Hochschulfinanzierung betonten beide, dass diese sehr teuer sei, aber besser werden müsse. Insbesondere Herr Stober hat sich über die Rektoren aufgeregt, die nicht offen in den Medien dem Land gegenüber auftreten und eine bessere öffentliche Ausfinanzierung der Hochschulen verlangen. Zu Studiengebühren sind sich Grüne und SPD einig, diese zum

Wintersemester 2011/12 abzuschaffen. Die dadurch für die Hochschulen entstehenden finanziellen Ausfälle sollen durch die öffentliche Hand mittels Nachtragshaushalt gedeckt werden. Allerdings wollen die Grünen Studiengebühren nur für ein Erststudium (10 Sem.) erlassen und können sich ein Studienkontenmodell gut vorstellen. Weiterbildungsmaster und ähnliches sollen weiterhin durch Studiengebühren (Mit-)finanziert werden.

Beim Lehramt haben sich die anwesenden PolitikerInnen allesamt nicht mit Ruhm bekleckert, da sie weder Ahnung von den aktuellen Problemen, noch von der Ausgestaltung und dem Ablauf der Umstellung der Lehramtsstudiengänge an den Landesuniversitäten hatten. Ob sie überhaupt alle wussten, dass das Lehramt an den Pädagogischen Hochschulen zum Wintersemester 2011/12 umgestellt wird, war nicht sicher herauszufinden. Eine besondere Rolle in der Diskussion um das Lehramt spielte wiederum Herr Kleinmann von der FDP, da er forderte, die Trennung von fachlicher Ausbildung und pädagogischer Ausbildung zumindest so zu behalten, wie sie ist oder sogar noch auszubauen. Es wurde von ihm vorgeschlagen, auch über die Sinnhaftigkeit des Praxissemesters noch einmal nachzudenken.

Im Anschluss an die allgemeine Diskussionsrunde forderten alle PolitikerInnen uns dazu auf, Studierende an unseren Hochschulstandorten zum Wählen bei den Landtagswahlen am 27. März zu motivieren. Dies dürfen wir allerdings nicht als AStA-VertreterInnen aber das führt nur wieder zur ersten Fragestellung nach der Verfassten Studierendenschaft... Jedoch hat der u-asta für alle interessierte Studierende die Reihe „Nicht Würfeln. Wählen!“ organisiert, in deren Rahmen jeden Montag um 18 Uhr im Hörsaal 1199 ein BildungspolitikerIn seine_ihre Ideen zur Bildungspolitik vorstellt und anschließend für Fragen und Diskussion zur Verfügung steht.

Vincent Heckmann

21.000 \$ Studiengebühren

Die Ukraine – zwischen Bologna und Korruption

Auf den ersten Blick scheint das Bildungssystem in der Ukraine sehr gut ausgebaut zu sein: Dafür sprechen der hohe Alphabetisierungsgrad von über 99% und die beachtliche Anzahl von fast 350 Hochschulen. Diese sind oft auch über verschiedene Austauschprogramme mit anderen Bildungseinrichtungen in Europa und den GUS-Staaten verknüpft. Die Ukraine arbeitet außerdem daran, ihre Studiengänge den Zielen des Bolognaprozesses anzupassen. Es gibt über zwei Millionen Studenten bei einer Gesamtbevölkerung von knapp 46 Millionen Einwohnern.

Bei genauerem Hinsehen gibt es jedoch einige Strukturschwächen und Unregelmäßigkeiten, derer sich die verschiedenen ukrainischen Regierungen mal mehr, mal weniger annahmen.

Studiengebühren ergeben sich zum Beispiel je nach Beliebtheit des Faches und der Universität, an der man sich einschreiben will. An den Eliteuniversitäten des Landes zahlt man – je nach Fach - bis zu 21.000 Dollar Studiengebühren, die komplett bei der Immatrikulation fällig werden. Wer so viel Geld aufbringen kann, hat nachher auch gute Chancen, in die Elite des Landes einzu-

steigen; in die obersten Wirtschaftsetagen, die Diplomatie und natürlich die Politik. Oft sind diese Sektoren auch stark miteinander verknüpft. An anderen Universitäten und für andere Fächer bezahlt man wesentlich weniger Studiengeld, jedoch offenbart dieses Nachfrage-Angebot-System die Bevorzugung reicher Studenten

Korruption an Hochschulen ist ein leidiges Thema in der Ukraine. Da Dozenten und Professoren nicht sonderlich viel verdienen, sind manche für ein inoffizielles Zubrot sehr empfänglich. Nachforschungen des Politikwissenschaftlers Juri Romanenko ergaben zum Beispiel, dass gerade an den Eliteunis die Korruption am höchsten ist und Professoren gerne für ein paar Extradollar bessere Noten verteilen. Zwar schrieben die Bildungsminister die Korruptionsbekämpfung im Hochschulsektor seit der Unabhängigkeit des Landes auf ihre Fahnen, leichte Verbesserungen gab es jedoch erst nach der Orangen Revolution und dem Amtsantritt von Viktor Juschtschenko. In der Zeit danach kam es jedoch vermehrt zu Unregelmäßigkeiten. Auch soll es schon vorgekommen sein, dass unter der Ägide von Janukowitsch Universitätsrektoren vom Inlandssicherheitsdienst SBU einge-

schüchtert worden sind, um zu bewirken, dass diese ihre Studenten daran hindern, auf die Straße zu gehen und zu demonstrieren. Zudem soll gerade auf westlich gesinnte Rektoren/Professoren vor allem in der Westukraine starker Druck ausgeübt worden sein, so dass diese teilweise ihre Posten für russophile bzw. regierungstreue Nachfolger geräumt haben.

So verliert sich auch der russophile Bildungsminister Dmitro Tabachnyk lieber darin, die Westukraine und ihre Bevölkerung zu beschimpfen und abzuwerten, anstatt Korruption und Vetternwirtschaft an den Unis zu bekämpfen.

Da im Zuge der Wirtschaftskrise auch in der Ukraine Gehälter und Löhne gefallen sind, behaupten einige Studien, dass deshalb viele StudentInnen ihren Lebensunterhalt mit Prostitution verdienen müssen, so sollen in Kiew sogar 60% der Prostituierten StudentInnen sein. Studierendendemonstrationen sind deshalb zwar ein von der derzeitigen Regierung nicht gern gesehener, aber trotzdem auch nicht zu unterdrückender Ruf nach Verbesserungen im Bildungssektor.

Henning Lautenschläger

Leichtfüßige Schneehasen

Mit dem Kulturreferat auf dem Feldberg

Wir sind heute aufgewacht und konnten uns bewegen. Und das ist verwunderlich, denn wir sind gestern den Feldberg hoch gekrochen, naja, hoch gestapft. So mancher von euch mag dieses Erlebnis schon geteilt haben - aber auch auf Schneeschuhen? Morgens früh um 9:10 Uhr waren wir verabredet, allerdings musste man da schon im Zug sitzen, denn nur dann konnte man in die verschlafenen Gesichter der 14 anderen Mitlaufenden schauen. Die Müdigkeit verflieg schnell, als es um 11 Uhr dann mit frisch angeschnallten Schneeschuhen, Stöcken und dicken Wollmützen los ging. Eine tüchtige Portion Wind begleitete uns auf dem herausfordernden Anstieg auf den Seebuck, wo der wunderbare Ausblick auf die Schweizer Alpen, den

Jura, die Vogesen und den Schwarzwald uns erwartete. Dies inspirierte uns zu einer kleinen Teepause. Nach einer Teilung der Gruppe zogen die von Kraft strotzenden Geschichtsbegeisterten zum Bismarckdenkmal, während die gemütlichen Gemüter schon zum Treffpunkt, der Aussichtsplattform auf der Feldbergspitze, aufbrachen. Auf dem Gipfel des höchsten Mittelgebirges Deutschlands genossen wir die vom Schneesturm etwas getrübte Rundumsicht. Von dort aus machten uns auf zum nächsten Abschnitt unseres Weges, der mit einer Mittagspause vor der St. Wilhelmer Hütte (alias Wilhelma) im Schnee endete. In der Gesellschaft von organischen und anorganischen Eiszapfen machten wir uns dann gestärkt auf den Rückweg

durch den Winterzauberwald: Verschneit und angefroren standen die Tannen da... und passend dazu erklang natürlich der allseits beliebte Song „Probiert mal mit Gemütlichkeit“. Balu und seine GefährtInnen stapften talabwärts, fröhlich und schneeig auf unseren Ausgangspunkt, das Haus der Natur zu. Dort besuchten wir die Rabenausstellung, die perfekt zu unseren Krabat-Flugphantasien auf dem Berg passte, bis der Bus kam. Die Schreiberlinge dieses Artikels mussten auf dem Weg zum Zug noch schneebaden, um die Vorfreude auf die heiße Badewanne noch zu steigern, die wir mit allen Teilnehmenden teilten. Danach landeten wir alle in unseren Betten...

Ina, Vincent und Tatjana

Lethargie im Wahllokal

Am 27. März wählt BaWü einen neuen Landtag

Es ist ein merkwürdiges Phänomen, das sich da alle paar Jahre wieder abspielt: Menschen verschiedener Herkunft rotten sich zusammen, um sich auf Kosten des Staatssäckels einen lauen Tag zu machen. Gut, einige von ihnen müssen sich zwar früh aus den Federn wälzen, aber dafür dürfen sie alle entspannt herumsitzen, Löcher in die Luft starren, mit dem Sitznachbarn plaudern, und manchmal kommt sogar Besuch und bringt Kuchen mit.

Von wem ich spreche? Ganz einfach: den Wahlhelfern. In seinem natürlichen Umfeld, dem Wahllokal, wird dieses possierliche Völkchen seit Jahren immer häufiger allein gelassen, weil immer mehr Leute den Weg zur Wahlurne scheuen. Darum ist es wohl angebracht, zu fragen, wieso die Wahlhelfer dann auch noch eine „Aufwandsentschädigung“ bekommen. Was ist hier bitte der Aufwand – das Luftverbrauchen? Dafür sind 50 Euro, wie man sie in Freiburg bekommt, eine ganze Menge Geld, und als Steuerzahler fragt man sich: Kann das, darf das, muss das sein, dass mein sauer verdientes Brutto für das Amüsement im Wahllokal draufgeht?

Nein, muss es nicht. Die Lösung: Jede(r) von uns kann seinen oder ihren ganz eigenen Beitrag leisten, indem er oder sie durch seinen oder ihren (ja, ich hör gleich auf mit Gendern) Gang zur Wahlurne die Wahlhelfer aus ihrer bezahlten Lethargie reißt. Wer wollte nicht immer schon mal die Macht haben, eine ganz persönliche Arbeitsbeschaffungsmaßnahme ins Leben zu rufen? Was der Staat bzw. das Arbeitsamt kann, können wir doch schon lange. Ha! Zeigt es denen da oben!

Und das Beste: Ihr bekommt schon ganz bald wieder die Gelegenheit dazu. Genau! Am 27. März ist in Baden-Württemberg Landtagswahl – der ideale Anlass, um Wahlhelfer von ihrem gelangweilten Dasein im Wahllokal zu erlösen. Aber es gibt natürlich auch andere Gründe, weshalb ihr euch ganz unbedingt an diesem Sonntag im März aufmachen solltet, euer Kreuz auf den Wahlzettel

zu setzen. Zum Beispiel: Lasst es nicht zu, dass Baden-Württemberg eine noch niedrigere Wahlbeteiligung als beim historischen Tiefstand von 2006 (53,4%) einfährt! Sonst müsste der bekannte Slogan dieses Bundeslandes wohl bald in „Wir können alles. Außer Wählen.“ umgewandelt werden, und da sollte jedem eingefleischten Demokraten das Herz bluten. Außerdem gibt es etliche wichtige Themenfelder, die unser aller Leben ganz konkret beeinflussen. Nennen wir nur mal die Bildungspolitik, die für Studis wohl eins der wichtigsten Anliegen sein dürfte. Nicht wählen zu gehen hieße da, den Landespolitikern quasi einen Freifahrtschein auszustellen, zu tun und zu lassen, was sie wollen. Und ihr dürft euch nicht einmal beschweren, weil ihr ja nun einmal nichts dafür getan hättet, zu verhindern, dass eben diese Leute das Sagen bekommen. Das wäre ein bisschen so wie damals, in der Kindheit, wenn eure Eltern vom Einkauf nach Hause kamen und schauerhafte Dinge gekauft hatten, etwa Blutwurst oder Innereien, wo ihr doch viel lieber Bärchenwurst essen wolltet. Habt ihr euch damals nicht auch geärgert, dass eure Wünsche übergangen wurden? Wollt ihr euch wirklich noch mal so entmündigt vorkommen wie in den Zeiten, in denen

ihr noch in Kleidergröße 128 passtet? Na also. Und nicht zu vergessen: In diesem Jahr könnte es erstmals in den 59 Jahren seines Bestehens passieren, dass Baden-Württemberg einen echten Richtungswechsel erlebt. Bislang war immer die CDU die stärkste Kraft, doch wenn man Umfragen glauben schenken darf, könnte es diesmal zu einem grün-roten Bündnis reichen. Grün-rot, wohlgernekt – eine Premiere nicht nur in hiesigen Breiten, sondern bundesweit. Und was wollt ihr dann einmal euren Enkeln erzählen, wenn die fragen, was ihr an diesem historischen Tag gemacht habt? Dass ihr euren Suff vom Vorabend ausgeschlafen habt? Eben.

Deshalb: Geht wählen. Tut es für euch, eure künftigen Enkel, die unausgelasteten Wahlhelfer. Egal, was für euch der hauptsächliche Beweggrund ist: Hauptsache, ihr geht wählen. Voraussetzung ist nur, dass ihr 18 Jahre alt, deutsche Staatsbürger und zum 20. Februar seit mindestens 3 Monaten in einer baden-württembergischen Gemeinde gemeldet seid. Solltet ihr am 27. März aus welchen Gründen auch immer nicht ins Wahllokal gehen können, ist es auch möglich, dass ihr Briefwahl beantragt. Sobald ihr eure Wahlbenachrichtigungskarte bekommen habt (bis spätestens 3 Wochen nach dem 20. Februar, ansonsten solltet ihr beim Wahlamt nachhaken), könnt ihr online unter www.freiburg.de die entsprechenden Unterlagen anfordern, egal an welche Adresse. Alles Weitere steht dann im Begleitschreiben.

Ja, es geht wirklich so einfach. In diesem Sinne: Wählen gehen. Macht Spaß, kann was ändern, und ihr könnt mit dem ruhigen Gewissen schlafen gehen, dass zumindest die Wahlhelfer für eure Steuergelder auch was tun mussten.

Dorothee Lürbke

[Wer möchte, dass Doro auch für seine oder ihre Steuern was tut, sollte fleißig Briefwahl im Briefwahlbezirk 946-14 beantragen.]



Wahlen auf dem Land

Must-go's!

Fr, 28.01., 21 Uhr, MensaBar: Anglistenparty.

Sa, 29.01., 21 Uhr, White Rabbit: Germanistenparty.

Mo, 31.01., 18 Uhr, HS 1199: „Nicht würfeln. Wählen“ Vortragsreihe zur Landtagswahl. Es spricht Johannes Stober (SPD).

Mo, 31.01., 20.30 Uhr, MensaBar: Semesterabschlusskonzert der Uni Big Band Freiburg.

Mi, 02.02., 20.30 Uhr, Mensabar: Slam Supreme.

Mo, 07.02., 19 Uhr, HS 1199: „Nicht würfeln. Wählen!“ Vortragsreihe zur Landtagswahl. Es spricht Nikolaus von Gayling (FDP).

Mi, 09.02., 20 Uhr, HS 2006: Der aka-Filmclub präsentiert „Mysterium Okkupation.“

Impressum

u-Bote #816, 27.01.2010 (37. Jahrgang), 16 Seiten, Auflage: 1000 Stück.

Druck: Druckwerkstatt im Grün

Redaktion und Layout: Uwe Ehrhardt, Carl-Leo von Hohenthal (stud.live), Henning Lautenschläger (V.i.S.d.P.), Kerstin Stucky, Anne Bickel, Rose Simon, Marieke Reiffs, Rebekka Bohrer, Dorothee Lürbke.

V.i.S.d.P. für we are u: David Koch, c/o AstA Uni Freiburg.

Kontakt: u-Bote, c/o AstA, Belfortstr. 24, 79085 Freiburg; Fon (0761) 203-2035; Fax (0761) 203-2034; presse@u-asta.de

Der u-Bote ist das offizielle Organ des unabhängigen allgemeinen Studierendenausschusses (u-asta) der Uni Freiburg. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion/des u-asta wieder. Die Redaktion behält sich bei allen Manuskripten das Kürzen und den Zeitpunkt der Veröffentlichung vor.

Service & Termine

AStA (Studierendenhaus) Belfortstr. 24 **mehr Infos: www.u-asta.de**

u-asta-Service (Telefon 203-2032, Fax -2034) – www.u-asta.de/service

Sekretariat info@u-asta.de

Wochentäglich 11-14 Uhr

Laura Maylein, Daniel Hausen, Jonathan Nowak

Hier kann mensch sich zur Rechtsberatung anmelden und erhält auch so manchen Tipp. Außerdem kann mensch so einiges erstehen (z.B. Schwimmbadkarten, ISICs, Büromaterial, Fair-trade-Kaffee...)

Job-, Arbeitsrechts- und Praktikumsberatung: hib@u-asta.de

Mo, 12-14 Uhr

Jens Rieger

BAföG-Beratung: bafoeg-beratung@u-asta.de

nach Vereinbarung

Maria Seitz

AStA-Rechtsberatung:

Mi, 14-16 Uhr

Bitte in der vorhergehenden Woche im Sekretariat anmelden!

Studiengebührenberatung: gebuehrenberatung@u-asta.de

Do, 13-15 Uhr; Fr 13-15 Uhr

Laura Zimmermann, Ling Liu

Psychologische Beratung: psychologische-beratung@u-asta.de

nach Vereinbarung

Maria Richter

Konferenzen (Hieran kann jedeR Studierende teilnehmen und ist antrags- und redeberechtigt!) – www.u-asta.de/struktur

konf (Konferenz der u-asta Referate): vorstand@u-asta.de

Mi, 10 Uhr

FSK (Fachschaftskonferenz): fsk@u-asta.de

Di, 18 Uhr

Vorstand: Vincent Heckmann, David Koch, Thomas Seyfried – vorstand@u-asta.de

Referate (JedeR Studierende ist aufgerufen, sich in den Referaten zu beteiligen!) – www.u-asta.de/engagement/referate

Antifa-Referat: antifa@u-asta.de

nach Vereinbarung

Finanz-Referat: Paul J. Bauche – finanzen@u-asta.de

Mi, 14 Uhr

FSK-Referat: Teresa Schliemann – fsk@u-asta.de

Di, 18 Uhr

Gender-Referat: N.N. – frauen@u-asta.de

Mi, 17.30 Uhr

Hochschulpolitik: N.N. – hochschulpolitik@u-asta.de

Mo, 14 Uhr

Kultur-Referat: Tatjana Kulow – kultur@u-asta.uni-freiburg.de

Konfraum 2 Fr, 16 Uhr

Lehramt-Referat: N.N. – lehramt@u-asta.de

Do, 16 Uhr

Presse-Referat (u-Bote): Henning Lautenschläger – presse@u-asta.de

Do, 12 Uhr

PR-Referat: Jonathan Nowak, Florian Lehnerer – pr@u-asta.de

Mi, 18 Uhr

Schwulesbi-Referat: N.N. – schwulesbi@u-asta.de

Mo, 19 Uhr

Umweltreferat: Tania Strützel – umwelt@u-asta.de

Mo, 17 Uhr

Studienreformkritik: Gerolf Hanke – srk@u-asta.de

jeden 2. und 4. Do, 18 Uhr

Studieren ohne Hürden: Michaela Kusal, Andreas Hanka – soh@u-asta.de

jeden 1. und 3. Mi, 16 Uhr

Skandal im Stadion! SC Freiburg gnadenlos niedergeklatscht!

Es sollte ein friedliches Spiel werden. Doch am vergangenen Samstag endete das Spitzenspiel des SC Freiburg mit einem Eklat. Was als ruhiges, besonnenes und durchdachtes Spiel begann, ging unter im Jubeln und Klatschen der Fans! Der Kapitän der Freiburger Mannschaft sagte direkt nach dem Spiel zu den Pressevertretern: „Vor dem Anpfiff waren die Fans ja noch ruhig und friedlich, aber als der Ball rollte, fingen sie auf einmal an, zu singen und zu klatschen! Man konnte sein eigenes Wort auf dem Platz nicht mehr verstehen! Wir verstehen und akzeptieren ja auch, dass die Leute uns zuschauen wollen, aber sie sollen doch bitte ruhig bleiben. So ist doch keine Verständigung mit den Mitspielern möglich! Außerdem ist es dem Respekt vor dem Gegner geschuldet. Wo kommen wir denn da hin, wenn das jetzt bei jedem Spiel so läuft?!? Meinetwegen hätten die fünf Minuten Remmidemmi machen können, aber dann wär's gut gewesen.“ Eine Zuschauerin: „Besonders schlimm war's nach dem Freistoß. Ich musste sogar mein Telefonat abbrechen.“

In einem offenen Brief, der an die Spieler gerichtet, aber nur an diverse Medienvertreter gesandt wurde, forderte der Vorstand des Vereins am Tag danach die Fans auf, solche Störaktionen zu unterlassen. „Besonders das „Mitsprechen“ von Texten des Stadionsprechers, wie z.B. bei der Nennung der SC-Spielernamen geschehen, soll bitte künftig unterbleiben!“ Auch wurde negativ vermerkt, dass die Zuschauer nicht selbst auf den Tribünen für Ordnung gesorgt hätten, als einzelne Fans begannen zu klatschen, Transparente und Flaggen hochzuhalten um politische Statements wie „Freiburg vor, noch ein Tor“ loszuwerfen. Der Einsatzleiter der Polizei dazu: „Es waren verschiedene Gruppen mit Namen wie „Ultras“, „Dreisamkosaken“ oder „Fanclub Hotzenwald“. Das Treffen am Samstag, 15.30 Uhr im Stadion war ganz klar eine von langer Hand organisierte Aktion!“ Zudem vermerkte er kritisch, dass sich diese Gruppen nicht entschieden genug von Stuttgart 21 distanziert hatten. „Da fehlt der politische Wille! So bekommen wir nie unseren Castortransport durch Littenweiler genehmigt“. Die Rechtsabteilung sitze zur Stunde noch im Möslestüble zusammen und berate über weitere Schritte.

Die Antwort der Fanvertreter ließ nicht lange auf sich warten. Ihr Antwortbrief trug den Titel: „Lieber Sportclub, wie wär's denn mit Demokratie!“ Kernkritikpunkt war das starre Schema Spieler-Zuschauer. „Unser AK Spielmethodik hat Vorschläge ausgearbeitet, das Spiel demokratischer zu gestalten. Zuschauer sollten Spieler abklopfen dürfen, um dann selber ein bisschen zu spielen. Die Fans würden sich sogar dazu bereiterklären, den Spielern in diesen Pausen dann Bier und Bratwürste zu holen. So müssten sie nichts vom Spiel verpassen.“ Gefordert wurde im Übrigen, das Spielfeld künftig in der Form eines Fishbowls zu gestalten. „Viel demokratischer! Dadurch gibt es keine Haupt- und Nebentribünen mehr!“ Die Antwort des Vereins steht noch aus.

Ein Kommentar auf der Homepage des „Kickers“ gab der Öffentlichkeit darüber hinaus zu denken. Dort stand sinngemäß, dass in Dortmund oder auf Schalke die Spieler das ganze Stadion in Schutt und Asche legen würden, wenn die Fans auf einmal die Mannschaft niederklatzen oder - singen würde. Und so etwas würde doch niemals jemand bei uns im beschaulichen Breisgau wollen – Oder?

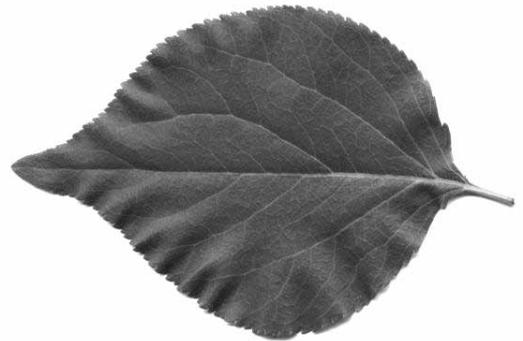
stud.live

Blätter-Rätsel

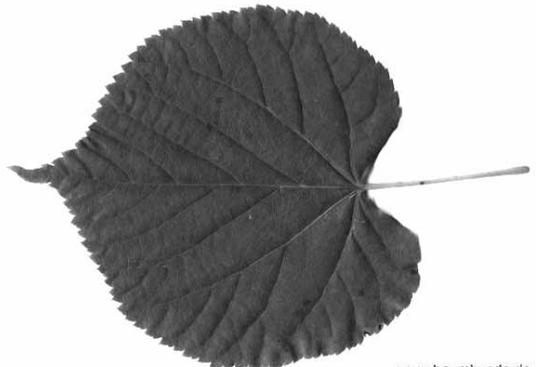
Um das Umweltbewusstsein zu fördern, gibt es diesmal ein naturnahes Rätsel.

Es gilt die drei unten abgebildeten Blätter den richtigen Bäumen zuzuordnen. Kleiner Tipp: Eines der drei Blätter stammt von einem Obstbaum.

Zu gewinnen gibt es eine Zimmerpflanze für das heimische Biotop.



www.baumkunde.de



www.baumkunde.de



www.baumkunde.de

Die richtige Antwort an **stud.live@u-asta.de**.

Eiinsendeschluss ist der 3.Februar 2011.